

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheint an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf.
Bei allen wirtsch. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbortsvorkehr vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfündigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 6 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzelle.
Reklamen 15 Pfg. die Petitzeile.
Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
Fremdenliste nach Hebererkunft.
Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 43.

Dienstag, den 22. Februar 1910.

27. Jahrg.

Außerordentlicher Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 20. Febr.

Der außerordentliche Parteitag der Deutschen Volkspartei, der endgültig über die Vereinigung mit den beiden freisinnigen Gruppen zu beschließen hatte, wurde am Samstag abend durch einen Unterhaltungsabend auf der Uhlandshöhe eingeleitet. Reden, Vorträge des Württembergischen Landtags und lebende Bilder aus dem schwäbischen Volkstheater, zu dem Lehrer Reiff die verbindenden Worte gedichtet hatte, wärmten den Abend.

Sonntag vormittag um 11 Uhr begann Johann der Parteitag im großen Saale der Wulleschen Brauerei. Der Besuch war so zahlreich, daß der geräumige Saal bis auf den letzten Platz besetzt war und Viele mit einem Stehplatz vorlieb nehmen mußten. Nachdem Schuldirektor Heimburger-Karlsruhe die Versammlung begrüßt und eröffnet hatte, erließ er das Wort dem Reichs- und Landtagsabgeordneten Payer zu seinem Referat über die Fusion der freisinnigen Parteien.

Payer, mit lebhaftem Beifall begrüßt, schilderte zunächst die Ausarbeitung des Programms durch den Biererausschuß, wie es am 6. Januar vorgelegt wurde. Alle Wünsche hätten nicht erfüllt werden können, jeder Teil habe nachgeben müssen. An Prüfung und Kritik habe es nicht gefehlt, aber es sei doch alles einig in der Ueberzeugung gewesen, daß die Fusion zustandekommen müsse und daß die Unterlagen im ganzen brauchbar seien. Auf Grund der geäußerten Wünsche habe der Biererausschuß nochmals eine Revision vorgenommen, das Resultat liege heute vor. Die Veränderungen seien nicht unwesentlich. Die Einigungsfrage des Programms wurden lebhafter gefaltet, neben das Verlangen der Förderung des politischen und sozialen Fortschritts haben wir auch das der Hebung der Volkswohlfahrt und Volksbildung gestellt und den Ausbau der politischen Freiheit noch ausdrücklich unterstrichen. Die Forderungen der Erhebung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat und der Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten und Lehrer in Punkt 1 entsprechen den Wünschen unseres weiteren Ausschusses. Die anderen Beschlüsse sind teils redaktionelle Verbesserungen,

teils Ergänzungen oder Variationen, die die Grundgedanken unberührt lassen. Nur der Frauenparagraf hat noch eine erheblichere Vervollständigung erfahren. Wir haben das Recht der Frauen, bei den Wahlen zu den Kaufmanns- und Gewerbegerichten und zu den Vertretungskörpern der reichsgesetzlichen Versicherungsrichtungen wie Männer zu wählen und in dieselben wie Männer gewählt zu werden, ausdrücklich noch hervorgehoben. Damit war auch Wünschen, die in unserem Weiteren Ausschuss lebhaft hervorgetreten waren, entsprochen.

Im Organisationsstatut wurden ebenfalls Änderungen vorgenommen. Die Wünsche in Bezug auf die Jugendvereine wurden berücksichtigt. Die Bildung von Jugendvereinen sei wünschenswert, aber die Altersgrenze notwendig, um lokale Konkurrenzkämpfe zu vermeiden. Aus demselben Grunde müssen die Jugendvereine sich an die bestehenden allgemeinen Ortsvereine oder, wo das zweckmäßiger erscheint, Bezirksverbände anschließen. Endlich geht der Biererausschuß davon aus, wogegen die norddeutsche Jugendorganisation nichts eingewendet hat, daß es mit der Einheit und Einigkeit der Partei unverträglich wäre, wollten die Jugendvereine durch den Ausbau ihrer Organisation bis zum Reichsverband innerhalb der Partei eine besondere Partei mit besonderen Organen, Rechten und damit wohl bald auch Ansprüchen bilden.

In den Uebergangsbestimmungen haben wir die Zahl der Mitglieder des ersten geschäftsführenden Ausschusses im ganzen auf 18, die der von der Freisinnigen Vereinigung zu bestellenden auf 5 und demgemäß die Zahl der von der Freisinnigen Volkspartei zu bestimmenden Mitglieder auf 10 erhöht.

Schließlich noch der Name der Partei, der einige Schwierigkeiten machte. Schließlich einigte man sich auf den Namen „Fortschrittliche Volkspartei“. Die Bezeichnung sei gut und treffend. Wir bleiben, was wir waren, die gute alte Volkspartei und wir unterschreiben es gerne, daß wir nach wie vor den Fortschritt auf allen Gebieten des menschlichen Lebens auf unser Banner geschrieben haben. (Lebhafter Beifall).

Nach allem stellt Ihr Weiterer Ausschuss nicht leichtes Herzens aber frischen Mutes an Sie den Antrag:

„Für den Fall, daß die Freisinnige Volkspartei

und die Freisinnige Vereinigung gleichfalls entsprechende Beschlüsse fassen, die Verschmelzung der drei Parteien auf Grund der Entwürfe des Biererausschusses unter dem Namen Fortschrittliche Volkspartei gutzuheißen und den Engeren Ausschuss mit der Durchführung dieses Beschlusses zu beauftragen.“

Lange wird seine Tätigkeit nicht mehr dauern. Am 6. März d. J., dem in Aussicht genommenen Geburtstag der neuen Partei, werden die drei alten aufhören zu existieren. In dem geschäftsführenden Ausschuss sind uns für die nächsten zwei Jahre von 18 Seiten 3 vorbehalten. Unser weiterer Ausschuss schlägt vor, sie folgendermaßen zu besetzen: 1 Vertreter unseres bisherigen engeren Ausschusses, Hummel (Beifall), 1 Vertreter unserer stärksten Organisations, Konrad Hahnmann (Beifall), und den Mann der für den Gedanken einer Fusion in den Zeiten, da man sich erst an denselben gewöhnen mußte, mit so ungewöhnlicher Energie und Ausdauer eingetreten ist, Dr. Köhler in Frankfurt (Beifall). Im ersten Zentralausschuß ist uns die Stelle des ersten Stellvertreters des Vorsitzenden, welcher wohl Karl Fund aus Frankfurt werden wird, zugeordnet. (Beifall). Als Stellvertreter hat der Ausschuss mich vorgeschlagen.

Als ganz selbstverständlich betrachte ich es, daß wir speziell in Württemberg von der uns im Organisationsstatut eingeräumten Befugnis Gebrauch machend, gleichzeitig mit dem Eintritt in die neue Partei uns zu einem württembergischen Landesverband zusammenschließen. Wir bitten unsere bisherigen nichtwürttembergischen Parteigenossen um Erhaltung ihrer Freundschaft und um gute Nachbarschaft.

Was die Ueberleitung der bestehenden Vereine der verschiedenen Richtungen in die neue Partei anbelangt, hat der Biererausschuß dieselben, soweit sie nebeneinander bestehen, in erster Linie auf den Weg der Verständigung verwiesen. Wir sind dabei davon ausgegangen, daß sich in der Regel keine förmliche Auflösung beider Vereine als notwendig erweisen werde. Auch da, wo seither nur ein Verein bestand, wird es nur dann angezeigt sein, denselben aufzulösen und neu zu konstituieren, wenn so viele neue Mitglieder eintreten, daß sich die ganze bisherige Zusammenfassung des Vereins ändert. Andernfalls wird es genügen, wenn der Verein erklärt, daß er nun im Verein der Fortschrittlichen Volkspartei sei

Standhaft und treu, und treu und standhaft.
Die machen eine echte deutsche Verwandtschaft.
Behändige Treueherzigkeit
Und treueherzige Behändigkeit.
Wenn die kommen zur Einigkeit,
So widersprechen sie allem Leid.
Johannes Fischart.

Willst du Richter sein?

Amoan von Maximilian Böttcher.

(Fortsetzung.)

Auch der Doktorbauer sieht die reinen, die starken Augen Pfarrer Christs. Mehr als je seit langen Monaten drückt ihn heute seine Schuld, heute wo der, den er unglücklich machte durch seine Feigheit. „Ja, es war auch Feigheit dabei; suche dich nicht selbst zu beirren!“ — ein anderes junges Leben, das im Sonnenschein wachsen, reifen und Früchte tragen will, im Sonnenschein des Glücks, der frohen Sorglosigkeit. Und wenn nun das Schicksal, das unsichtbare, ungewisse, schwarze Wolken heraufgeführt — von außen können sie heranziehen aus Gottfrieds schlechter wirtschaftlicher Lage; von innen können sie hervorbrechen, aus seiner Brust aus seinem brennenden Verlangen nach Gerechtigkeit. „zwei junge Menschen sind's dann, zwei, oder mehr noch, denen du durch deine Feigheit das Leben zerstörtest!“

Auch an dem Doktorbauer reißt es, als er in die reinen, starken Augen Pfarrer Christs blickt. Könntest du einmal die Last, die dich erdrücken will, von dir abtun in einer rückhaltlosen Aussprache! Diesem Manne könntest du dich offenbaren; ihm könntest du sie gestehen, deine zwiefache Schuld. Er würde begreifen, Er würde dir raten, was du tun sollst. Er würde dir das Rechte, das Allerbeste raten!

Erst seit wenigen Minuten kennst du ihn von Angesicht zu Angesicht. Aber gibt es nicht Menschen, denen wir Vertrauen schenken, die wir liebhaben müssen von dem Augenblick an, in dem sie vor uns hintreten?

Würden Sie nicht auf ein paar Minuten mit in mein Haus kommen, Herr Pfarrer?“

Christ merkte schon am Klang der Stimme, daß da wieder einer vor ihm steht, der ihm ein beladenes Herz ausschütten möchte.

„Gern!“ antwortete er; und der Doktorbauer fährt ihn in sein Haus.

Drinnen aber, in der dumpfen Stube, kriechen die schwarzen Schatten gleich wieder aus allen Winkeln hervor, legen sich auf des gequälten Mannes Brust, greifen ihm an die Kehle, lähmen ihm die Zunge.

Er kann nicht reden, er kann nicht ... kann nicht! Christ blickt ihn groß an mit seinen gütigen Augen; da muß er doch irgend etwas sagen, irgend etwas. Und so spricht er von einer ganz anderen Angelegenheit, als von der er hat sprechen wollen; aber schwer genug bedrückt auch diese seine Seele ...

„Sie wissen, Herr Pfarrer, ich hab' einen Sohn, der über mich und über — andere schon viel Kummer gebracht hat. Nun hab' ich erfahren, daß er in Berlin ... nicht eben weit von Ihnen ... mit einem begüterten jungen Mann ein Bankgeschäft etabliert hat. Ich hab' mich erkundigt und die beste Auskunft erhalten. Doch was sind Auskünfte von Fremden, die man bezahlt? ... Alle meine engeren Beziehungen zur Welt aber hab' ich seit lange verloren ... Würden Sie mir nun wohl den Dienst erweisen — vielleicht darum, weil ich Gottfried Reinhardt's Onkel bin —, im stillen nachzuforschen, wie mein Sohn lebt, ob noch Hoffnung besteht, daß doch noch ein anständiger Mensch aus ihm werden wird? Ihre Verbindungen, meine ich, reichen weit, Wollen Sie mir den Dienst erweisen?“

Pfarrer Christ nickt wieder nur und sagt: „Gern!“ Dann drückt er dem Doktorbauer die Hand und geht. Es ist höchste Zeit für ihn, nach Zerlich zu kommen. Den Tag, der ihn dort seinen Amtspflichten wieder zuführen soll, will er nicht veräumen.

Wie die Tür aber hinter Christ ins Schloß fällt, ist es dem Doktorbauer, als wäre seine Stube nun mit einem Schlagschlag noch dunkler, noch dumpfer geworden, als wäre nun gar kein Licht, gar keine Luft mehr darinnen, als müßten die Schatten, die gleich ins Riesenhafte anwachsen, ihn zu Boden reißen! Als müßte er in seiner Seelennot dem Scheidenden nachrufen: Du, der du so

vielein haltest, hilf auch mir! Rette mich! Rette mich vor meinem Gewissen!

Aber er kann sich nicht rühren, kann nicht. Die schwarzen Schatten hängen sich an ihn, halten ihn fest. Und da an der Tür steht der schwarze, der größte von ihnen, breit, massig, riesenhaft: die Feigheit, die Furcht vor dem Zuchthaus.

Denn ja ... ja ... das wird Pfarrer Christ, der Zuchthausgeistliche, zu ihm sagen: „Wir alle sind untan der Obrigkeit, die Gewalt über uns hat. Gehen Sie hin und stellen Sie sich Ihren Richtern!“ Das wird er sagen.

Mit einem gurgelnden Stöhnen schlägt der Doktorbauer, der von zahllosen am Schreibtisch durchwachten Nächten, von Gram und Neue entkräftete, ohnmächtig auf die Knie seiner dunklen, dumpfen Stube.

Rein ... ein Jubeltag war Gottfried Reinhardt's Hochzeitstag nicht für seine Nächsten und Freunde. Gustav Seeger, der uns mit seinem Schimpfen und Ausdentischlagen durchgehört hatte, daß er an Gottfried's Statt als Kandidat für die Gemeinderatswahl aufgestellt worden war, feuerte, als er nach Hause kam, seinen erst zur eigenen Hochzeit angeschafften Zylinder ins Kleiderregal, daß es nur so polterte, und sagte: „So müßte sich der Reinhardt nun doch nicht zu machen brauchen. Dagegen ist ja 'ne Armeleutshochzeit die reine Krönungsfeier!“ Und seine junge Frau hatte an diesem Tage wahrhaftig keinen Fliederwuchengenossen nach junger Frauen Gewohnheit an ihm.

Auch Frau Marie Reinhardt hatte sich gleich, nachdem der Doktorbauer und Pfarrer Christ ihrer Wege gegangen waren, schmollend und großend ins erste Stockwerk zurückgezogen, dessen eine Hälfte ihr als Ausgehäuung zur Verfügung stand. Elisabeth aber, die arme, war an diesem Tage überhaupt noch nicht zum Vorschein gekommen. Wie ein waidwundes Wild verkröcht sie sich mit ihrer Schande nun schon Monat um Monat vor den Augen der Menschen.

(Fortsetzung folgt.)

und deren Programm annehme, und wenn er den neueintretenden Mitgliedern für eine angemessene Vertretung im Ausschuss sorgt. Uebrigens wird über diesen Punkt wohl später noch ein anderer Redner sich äußern, da sich gestern der Weitere Ausschuss der Württ. Volkspartei auch mit diesen Fragen befaßt hat.

Und nun noch einige Worte des Rückblicks

auf das, was die Deutsche Volkspartei war, was sie wollte und was sie geleistet hat.

Am 19. und 20. September 1868 fand die Konstituierung derselben hier in Stuttgart statt, die Partei hat es also auf ein Alter von über 41 Jahren gebracht. Es sind noch manche unter uns, die jenen bedeutungsvollen Tag mitgemacht haben, auch ich bin stolz darauf, seinerzeit in der Eigenschaft als Zeitungsberichterstatter für den inzwischen eingegangenen „Nürnberger Korrespondenten“ der Gründungsversammlung mit großem Eifer beigezogen zu haben. Wie damals die Zeiten waren und was man wollte, beweist am besten die Tatsache, daß diese Versammlung auch die Geburtsstätte des Südbundes war, der, wie der damalige Beschluß lautete, zur Abwehr gegen die Verpreßung und im Sinne einer föderativen Wiedervereinigung des gesamten Vaterlandes auf freiheitlicher Grundlage durch eine gemeinsame Volksvertretung und Bundesgewalt zusammengehalten und auf ein dem schweizerischen ähnlichen Milizwesen gestützt werden sollte.

Man braucht nur diesen Teil des Programms mit dem heutigen zusammenzuhalten, um sich klar zu sein, wieviel sich seither geändert hat und wie weit naturgemäß auch die Volkspartei damit sich ändern mußte. Fast verständnislos, jedenfalls völlig fremd steht die jetzt lebende Generationen jenen Gedankengängen gegenüber, und es wird die Aufgabe der zu schreibenden Geschichte der Deutschen Volkspartei zu sein, klarzulegen, wie damals von ihrem Standpunkte aus die Gründer unserer Partei auf einen anderen als auf einen solchen Vorschlag gar nicht kommen konnten. (Lebh. Beifall.)

Unstreitbar ist, daß Vaterlands- und Freiheitsliebe, Begeisterung und Ueberzeugungstreue, Wissen und staatsmännische Klugheit in ungewöhnlichem Maße an jenem Tage an der Wiege der neuen Partei gestanden sind. (Lebh. Beifall.) Dafür bürgen uns schon die Namen Sonnemann, Karl Mayer, Julius Haußmann, Ludwig Frau und andere. Großdeutsch und demokratisch fortbauend auf dem Boden des Jahres 1848, in schärfstem Gegensatz zu der ausschließlich preussischen Führung, wollte man Deutschlands Zukunft gestalten, und wer will heutzutage angesichts der preussischen Wahlrechtsvorlage auf die Männer von 1868 einen Stein werfen, weil sie damals an der freiheitlichen Entwicklung Preußens verzweifelten? Gehört doch heute, nach mehr als 40 Jahren, eine nahezu unerforschlicher Optimismus dazu, an dieselbe zu glauben. (Lebhafte, stürmische Zustimmung.)

In dieser politischen Situation und diesem Programm lag von vornherein der Verzicht auf eine erfolgreiche Ausdehnung der Partei über Süddeutschland hinaus. Frankfurt blieb wie unser härtestes Bollwerk, so auch unsere Grenze gegen Norden. Unitarische und föderalistische Auffassung traten sich eben damals viel schroffer gegenüber als selbst die Meinungsverschiedenheiten über die freiheitlichen und wirtschaftlichen Fragen.

Es ist verständlich, daß die fortschrittlichen Politiker im Norden unter dem Eindruck der gewaltigen militärischen und politischen Erfolge Preußens, die zwar ihre parteipolitische Bedeutung vernichtete, aber ihr Staatsbewußtsein gehoben hatten, nichts von einer Politik hören wollten, die im großen und ganzen darauf hinauslief, diese Erfolge im Interesse Süddeutschlands und Oesterreichs wieder einzuschränken. Die Gefühle des preussischen Siegers waren andere als die der süddeutschen Besiegten. Es mußten Generationen aussterben, bis diese Dissonanzen sich allmählich ausgleichen konnten.

Dazu trat noch etwas anderes: schon das zweite Jahr des Bestehens der Partei, das Jahr 1870 brachte die junge Partei ohne ihr Verschulden an den Rand des Verderbens. Die Frage großdeutsch oder kleindeutsch war nun zu ihren Ungunsten ein für allemal entschieden, vom demokratischen Selbstbestimmungsrecht der Völker war nicht gut reden im neuen Reich, das sich mit starker Hand die Reichslande geholt hatte, dessen führender Staat aufgebaut war auf der kaum erst vollzogenen Annexion einer ganzen Reihe von Staaten. Der großen bis dahin fortschrittlich und liberal geminteten Massen ermächtigte sich damals mit einem Schlag die fast unangenehme Ueberzeugung, daß bis auf weiteres die Freiheit rücksichtslos der Einheit unterzuordnen sei. Die schlimmsten Gegner der freiheitlichen Entwicklung wurden damals vielfach diejenigen, die bis dahin deren eifrigsten Verfechter gewesen waren.

Nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis überzeugter Demokraten hielt damals, hauptsächlich in Frankfurt und Württemberg, noch zusammen und begann allmählich aus dem Schiffbruch heraus die Organisation wieder aufzubauen.

Wir hatten es damals schwer, schwer in uns selber und schwer den anderen gegenüber. Wir mußten uns doch selber sagen, daß die Würfel nun einmal gefallen seien, und daß uns nur die Wahl blieb, uns auf den Boden der gegebenen Tatsachen zu stellen, oder auf die praktische politische Mitwirkung, auf das positive Arbeiten für unsere demokratischen Ideen zu verzichten. Wie unfruchtbar der bloße Protest ist, bewies uns das fast vollständige Ausbleiben des Nachwuchses.

Auf der anderen Seite war es vielen von uns, namentlich den Älteren fast nicht möglich, sich mit Zuständen abzufinden, die nicht bloß unserem historischen Empfinden, sondern auch unserem Rechtsgefühl widersprachen und von denen wir, nicht ganz grundlos schweres Unheil mindestens für die innere Entwicklung Deutschlands befürchteten.

Unsere, wie sie erklärten, national geminteten Gegner hielten, was Sorge um das Vaterland war, für Wangl an Patriotismus und konnten nicht verstehen, wie wir ihren

Glauben, daß Preußen alles könne und alles Heil nur von Preußen zu erwarten sei, nicht teilen wollten.

Jahrzehntelang blieben wir ziemlich isoliert, wovon namentlich unsere Vertreter im Reichstag ein Lied zu singen wußten. Unsere Haltung im Kulturkampf, später unsere entschiedene Stellung gegen das Sozialistengesetz brachten uns bald an die Seite des Zentrums, bald an die der Sozialdemokratie. Tant haben wir, nachdem die Kämpfe vorüber waren, weder empfangen noch erwartet.

Ein Zusammengehen mit den Parteien, mit denen wir uns jetzt für eins erklären wollen, wäre damals nur als bedingungslose Subordination möglich gewesen. An der inneren Uebereinstimmung fehlt es noch auf den wichtigsten Gebieten.

Erst allmählich rang sich zu unserer politischen Ehrentretung die Ueberzeugung auch bei den liberalen und fortschrittlichen Parteien durch, daß die Ausgaben für Meer und Marine bei allem Patriotismus und bei aller Opferwilligkeit für die Wachsstellung des Reiches eben doch auch nicht unbegrenzt sein könnten, und daß der Geist und die Tendenz, die wir unter dem Schlagwort Militarismus zusammenzufassen gewöhnt sind, schwerer Schätzungen der Nation herbeiführen müssen. Erst allmählich erkannte man, ein wie großes Glück für das Deutsche Reich, seine Kultur, sein Wirtschaftsleben und nicht in letzter Linie für seinen politischen Fortschritt eben die so viel bemängelte Eigenart seines bundesstaatlichen Charakters bedeute. Nur langsam und widerwillig drang die Ueberzeugung durch, daß der Vorstaat Preußen, so viel er geleistet habe, doch eines nicht könne: ihm fehlt die Kraft und der gute Wille, auch im Ringen des Volkes um einen zeitgemäßen politischen Fortschritt die geistige Führung zu übernehmen, ja auch um für die Befestigung himmelschreiender Mängel im Wahlrecht für seine Volksvertretung so viel zu leisten, wie die überwiegende Mehrzahl der bescheidenen kleineren Staaten. In entscheidener in Preußen der Kampf um ein menschenwürdiges Wahlrecht aufgenommen wurde, umso näher traten uns die anderen. (Beifall.) Auch wir mußten uns manches allzuschärfen Urteil abgewöhnen, wir mußten lernen, die Anschauungen anderer mehr als früher zu respektieren, wir mußten erkennen, daß das Streben nach denselben freiheitlichen Zielen nicht auch zur Wahl derselben Mittel in allen Teilen des Reiches führen müsse, und daß es schwerer ist und eine vorsichtigerer Taktik erfordert, den Kampf für die demokratisch-liberale Sache im großen, selbstbewußten, hypermonarchischen Staat Preußen aufzunehmen, als beispielsweise im kleinen Württemberg. Und so kam es denn, wie es kommen mußte, wir lernten uns allmählich kennen, dann, um im Bild zu bleiben, schäpften, schließlich haben wir uns gefunden und verlobt; die Hochzeit beginnt heute. Das Verhältnis ist gegründet auf der soliden Basis innerer geistiger Verwandtschaft und gegenseitiger Hochachtung. Verlobt ist bis jetzt niemand. (Große Heiterkeit.)

Dat es sich, dürfen wir uns nun an diesem Tage des Rückblicks fragen, für die Allgemeinheit und für Süddeutschland in besonderem gelohnt, daß wir diese Sonderexistenz geführt haben? War: nicht alles ebenso, wenn wir damals bei den Nationalliberalen, den Fortschrittlichen oder der kaum geborenen Sozialdemokratie eingetreten wären. Sicherlich nicht. Im Unterschied zu den anderen haben wir in trüben Tagen, unbeflügelt um den Spott der Welt, die Erfolge der anderen und unsere eigenen Niederlagen, unsere Ideale hochgehalten, über die jetzt niemand mehr lächelt. Wir haben unter mancherlei Anschuldigungen den föderalistischen, bundesstaatlichen Gedanken unentwegt vertreten, bis wenigstens sein Kern erloschen worden war. Im Unterschied gegen andere haben wir die einseitig militärische, rücksichtslos nur auf äußere Wachsstellung bedachte Tradition bekämpft, bis deren Schwächen, Mängel und Fehler auch den Verbleibenden klar geworden waren. Wir sind im Kulturkampf und bei den Ausnahmegesetzen, oft recht vereinzelt, unvergast für Recht und Gerechtigkeit eingetreten. Wir haben — unserer Freund Sonnemann gebührt in erster Linie das Lob — das

Eintreten für die Anforderungen der sozialen Gerechtigkeit,

die Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen auf unser Banner geschrieben in einer Zeit, in der doch wenige außer den direkt Leidenden diese gesellschaftlichen und sittlichen Zusammenhänge zu erfassen sich bemühten. Im Gegensatz zu einseitigen Richtungen verschiedener Art haben wir endlich nie aufgehört, die Vertretung der Rechte und Interessen der Allgemeinheit über die eines einzelnen Standes oder einer einzelnen Klasse zu stellen, mögen dieselben Arbeiter oder Junker heißen. All diese geistige Arbeit, diese Charakterfestigkeit waren nicht vergeblich.

An der zusehends wachsenden Uebereinstimmung der weitesten Kreise über alle diese Fragen haben auch wir unser bescheiden Teil zu beanspruchen.

Auch äußerlich trat vielfach zutage, daß wir nicht umsonst gearbeitet haben.

Wohl ging nach den Ereignissen von 1870 unsere Beteiligung an den Volksvertretungen der Einzelstaaten enorm zurück, die Verbleibenden mußten, um aktionsfähig zu sein, sich da und dort mit den nicht demokratischen Anhängern der großdeutschen Richtung zusammenfinden. Doch zäh und geduldig harrten wir aus, und es gelang uns bald

im Reichstag

Zuß zu fassen. Nachdem einmal dort unser Banner aufgerollt war, hat es auch nie an einer treuen Wache für dasselbe gefehlt, obwohl wir es niemals zu der für die Bildung einer Fraktion erforderlichen Zahl von 15 gebracht haben, ja eine Periode hindurch unsere Vertretung auf nur zwei Augen gestellt war.

Was uns an Zahl fehlte, mußten wir eben sonst auszugleichen bestrebt sein und ich glaube sagen zu dürfen, unsere Leistungen sind nicht hinter dem Durchschnitt zurückgeblieben. Was man billigerweise von einem so kleinen Häuflein verlangen kann, haben unsere Vertreter fertig gebracht. Gleich unser erster gegen außen hervortretender Abgeordneter Sonnemann hat sich, wenn auch unter har-

ten Kämpfen einen hervorragenden Platz errungen. Wenn auch der Schwerpunkt seiner Tätigkeit mehr auf dem wirtschaftlichen und handelspolitischen Gebiete lag war doch seine Vertretung des demokratischen Gedankens so eindringlich, daß selbst Bismarck sich nicht mehr anders als im Wege der freivolten Verdächtigung und der gerichtlichen Verfolgung des Gegners zu denken wußte. (Bewegung.)

Auch in anderen Körperschaften sind wir, und zwar über das gewöhnliche Maß hinaus, für unsere Ideen tätig gewesen, vor allem

im Württembergischen Landtag

und in der Frankfurter Gemeindevertretung.

Ihre Tätigkeit auf dem Frankfurter Rathaus wird unseren Frankfurter Freunden stets zur Ehre gereichen, und die Volkspartei in Württemberg hat in den letzten 15 Jahren, wir dürfen das ohne Rühmen sagen, durch ihre Vertretung im Landtag die demokratische Sache im Land und damit zusammenhängend auch im Reich weiter gefördert, als dies irgendwo sonst geschehen ist. Württemberg ist heute, — wir sind stolz, daß das von allen Seiten teils erfreut, teils entrüstet anerkannt wird — ein wirklich konstitutioneller Staat. (Lebh. Beifall.)

Und diesen Geist ausgedöhnt, ihm die Formen für seine Tätigkeit geschaffen zu haben, ohne daß wir auch nur die Mehrheit in der Volksvertretung gehabt hätten, scheint uns ein Verdienst. (Beifall.)

Derselbe Prozeß spielt sich, wenn wir recht sehen, unter roger Mitwirkung unserer Parteigenossen auch in Baden ab, wenn auch dort die Verhältnisse viel schwieriger liegen. In Bayern haben wir uns durch die Ungunst der Verhältnisse auf eine bescheidene parlamentarische Tätigkeit eingeschränkt gesehen; unsere wenigen Sendboten haben aber gezeigt, wieviel bei gutem Willen auch einzelne für die Verbreitung ihrer Ideen und an praktischer Arbeit zu leisten vermögen.

Doch genug. Wenn auch die Kleinsten, kommen wir doch

nicht mit leeren Händen

in die neue Gemeinschaft. Schätze, die die Motten und der Rost fressen, bringen wir leider nicht viel bei (Heiterkeit), und ich fürchte, sehr, den anderen wird es auch nicht besser gehen. Aber wir bringen bei einem guten Namen und eine vorwurfsfreie Vergangenheit, eine stattliche Anzahl erprobte Parlamentarier und wohlgeschulte und erfahrene Führer und Agitatoren, eine zwar nicht weit verbreitete, aber gut ausgebaute Organisation, eine weitverzweigte Presse von größtem, teilweise weithin herrschendem Einfluß, ein schönes Kapital ethisch erworbenen Vertrauens, eine unverwundliche Selbstlosigkeit und vor allem ein demokratisches, all unser politisches Leben beherrschendes Bewußtsein, das uns nicht anerkennen, sondern angeboren ist.

Nicht ohne eine gewisse Wehmut blicken wir, vor allem wir Älteren, auf die Jahre des Kampfes und Arbeitens, der Erfolge und der Niederlagen und auf die Freundschaft, zurück, die uns, weil wir so wenig waren, so innig verband mit denen, welche nicht mehr sind, wie mit dem heutigen Geschlecht. Aber unsere Erinnerungen kann uns niemand rauben und keine Szopung verbieten uns, der Freund unserer Freunde zu bleiben. Umgekehrt, wir wollen dazu noch neue Freundschaften schließen. In eng ist es uns im Rahmen des territorial eingegrenzten Verbandes geworden. Nun haben die uns nahestehenden Parteien mit zahlreichen Anhängern und viel umfassenderen Organisationen mit ruhmreicher Vergangenheit, geführt und repräsentiert von bedeutenden Männern und klangvollen Namen, die Hand, die wir ihnen boten, freudig ergriffen: wir haben es dadurch ermöglicht, auch die beiden unter sich selbst zur Einheit zusammenzufassen. Das bedeutet etwas.

In der Geschichte des entschiedenen Liberalismus beginnt in diesen Tagen ein neues Blatt. Spät, hoffen wir nicht zu spät. Es wäre ein Frevel, zu verkennen, daß der Augenblick den Zusammenschluß gebieterisch erheischt. Mißlänge er, so würde das nicht nur die Ohnmacht der Linkliberalen bedeuten, sondern es würde auch die Nationalliberalen, die zurzeit redlich bemüht sind, sich zu liberalem Tun zu ermannen; ihren Stütze nach links beraubt, unvermeidbar der Rechten in die Arme treiben. Das deutsche Bürgertum, das nach Geltendmachung der eigenen Kraft strebt, sähe sich statt dessen bald drangvoll eingekengt von rechts und links. Sind wir uns doch darüber klar: das Versagen des Liberalismus in den beginnenden schweren Kämpfen wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht der Nation auf den friedlichen Ausgleich der gewaltigen Gegensätze, die unser Reich zurzeit durchsetzen.

Nicht Tage des Ausruhens werden der neuen Partei bescheert sein; die Weiterzeichen deuten auf Kampf und ernste Arbeit. Uns ist das so recht. Nichts anderes wird es uns so ermöglichen, uns in den neuen Bauverhältnissen heimisch zu fühlen, als Betätigung. Es entspricht unserer Art und entspricht unserer Vergangenheit, wenn wir uns der alten Partei in die neue den festen Vortag mit herüber nehmen: allzeit unser Bestes für die Freiheit und die Volkspartei! (Langer, stürmischer Beifall.)

Diskussion.

An das Referat schloß sich eine Diskussion an, die vor heute nur noch kurz anführen können. Wir kommen auf dieselbe zurück. Quidde-München brachte nochmal seine Bedenken gegen die Fusion vor. Dr. Warburger-Fürth und Redakteur Burger-Frankfurt teilten mit, daß die Vereine in Fürth und Frankfurt sich auf den Boden der Fusion stellen würden. Demgegenüber erklärte Stelzner-Nürnberg die unbedingte Ablehnung der Vereinigung durch die Vereine Nürnberg, Dersbach, Erlangen und des neuen Vereins in Fürth. Stattdeswegen Kerkher-Stuttgart drückte die Zustimmung der Jungen Volkspartei zu dem neuen Programm aus. Auch Arbeiterssekretär Bartholt-Ulm forderte auf, nicht an der eigenen Kraft zu verzagen. Widlgaart-Kaiserslautern überbrachte die Zustimmung der Pfälzer Vereine zur Parteiverschmelzung. In einer sehr sympathisch aufgenommenen Rede sprach schließlich Haas-Karlsruhe die freudige Zustimmung der Karlsruher zu der neuen Parteibildung aus. Nach einem Schlußwort Bagert

wurde die von Payer in seinem ersten Referat vorgeschlagene Resolution unter lebhaftem Beifall von allen gegen 6 Stimmen (darunter Quide) angenommen. In dem geschäftsführenden Ausschuss der neuen Partei wurden zum Mel-Karlruhe, Haußmann - Stuttgart und Dr. Köppler - Frankfurt gewählt. Hierauf begründete Ledebour-Konstanz folgende Resolution:

„Der Parteitag der Deutschen Volkspartei spricht den politischen Freunden in Preußen seine warmste Sympathie in ihrem Kampfe für ein freies und gerechtes Wahlrecht aus und protestiert gleichzeitig mit Entschiedenheit gegen die Ausführungen des Reichskanzlers im preussischen Abgeordnetenhaus über die angeblich verwerfliche und verflächende Wirkung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts auf die politischen Sitten. Diese auf Unkenntnis des süddeutschen Verfassungslebens und auf Verkenntnis des wahren Charakters des allgemeinen und geheimen Wahlrechts beruhende Äußerung des Reichskanzlers ist geeignet, das Reichstagswahlrecht in seinem Bestand und Grundgedanken zu gefährden, während wir dessen Ausdehnung auf die Verfassung aller deutschen Bundesstaaten für ein Gebot der politischen Notwendigkeit erklären.“

Nachdem Conrad Haußmann im Anschluß hieran ein Bild der politischen Situation gegeben, wurde die Resolution einstimmig angenommen. Prof. Heimburger-Karlruhe schlug noch Begrüßungstelegramme an die beiden norddeutschen Parteien vor, sprach unter lebhaftem Beifall Payer für seine Arbeit den herzlichsten und aufrichtigsten Dank aus und schloß hierauf die Parteiverammlung.

Aus dem Reichstag.

Die „Reichskanzler-Interpellation.“

Bethmann-Hollwegs Rede und Ausrede.

1b. Berlin, 19. Februar.

„Si tacuisses philosophus mansisses!“ Wenn Herr von Bethmann-Hollweg die Richtigkeit des alten lateinischen Wortes, das ihm heute der sozialdemokratische Abg. Frank zugerufen hat, nicht schon früher eingesehen; heute hat er sie gewiß erkannt. Mit Ausnahme der äußersten Rechten und der Antisemiten haben ihm alle Parteien des Hauses zu verstehen gegeben, daß die Angriffe gegen den Parlamentarismus und gegen das Reichstagswahlrecht, die er sich in seiner Landtagsrede vom 10. Februar geleistet, bedenklich, gefährlich, zum mindesten mißverständlich gewesen sind und in weiten Volksteilen, in Norddeutschland nicht minder wie in Süddeutschland, eine Beunruhigung und eine Erregung hervorgerufen haben, von der man in der Wilhelmstraße anscheinend bis heute keine Ahnung gehabt hat.

Das Charakteristische an der heutigen Sitzung war das fast lebensgefährliche Gedränge an den Tischen des Bundessrats: die einzelstaatlichen Vertreter scheinen doch auch, wie die Mehrheit des Reichstages und der Bevölkerung, aus jener Kanzlerrede mehr herausgelesen zu haben als Herr von Bethmann-Hollweg recht haben wollte. Drüben auf der anderen Seite waren mit dem Kanzler die Staatssekretäre Detbrück, Dernburg, Bermuth, Kräfte und Freiherr von Schön erschienen, in der Hofloge wohnten bis zum Schluß Prinz Friedrich Wilhelm und der Herzog von Ratibor der Sitzung bei.

Die Begründung der Interpellation durch den Abg. Frank war relativ ruhig, nur einmal ging mit dem Redner das Temperament durch, als er sich gegen eine Zurechtweisung des Präsidenten wehren mußte, der ihm verweigern wollte, den Kaiser — nicht die Person des regierenden Herrn, sondern nur die Institution des Kaisertums — auch nur zu erwähnen. Herr Frank meinte, wenn die Oldenburgische Drohung mit dem Leutnant und den zehn Mann einmal wirklich wahr gemacht werden sollte, die theoretische Rechtfertigung könne nicht besser ausfallen, als die Landtagsrede des Herrn von Bethmann-Hollweg. Allerdings vermißt er an dem gegenwärtigen Reichskanzler einweilen noch das „historische Format“, um derartige Pläne auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Immerhin glaubt die Sozialdemokratie laut protestieren zu müssen gegen die Angriffe auf das demokratische Wahlrecht und gegen die offenbar geplante Entziehung der Massen, deren „Unbildung“, wenn sie wirklich vorhanden, doch nur die Schuld des herrschenden Regimes sei.

Des Kanzlers Erwiderung war matt und schwach und sie hat, wie man wohl feststellen kann, nicht nur auf der äußersten Linken, sondern auch bei der Mehrheit des Hauses einen recht wenig erfreulichen Eindruck hinterlassen. Herr von Bethmann-Hollweg bestritt für sich und die verbündeten Regierungen die Absicht, an dem Reichstagswahlrecht zu rütteln, aber seine Meinung habe er doch sagen dürfen. Auch Fürst Bälou habe doch erklärt, daß das Reichstagswahlrecht nicht für Preußen passe. Und daß alle demokratische Entwicklung zwar die Basis verbreiterte, zugleich aber auch das Niveau herabdrückte, sei nur einmal seine Uebersetzung. Schwacher Beifall auf der Rechten lohnte den Redner, der so sehr er sich offenbar auch in der Gewalt hatte, sich nicht nervös und erregt war.

Die Kritik des Reichstags an der Rede vom 10. Februar und an der Ausrede vom 19. Februar war, wie man wohl ohne Uebertreibung sagen darf, vernichtend. Zwar der konservative Redner, der Abg. Dietrich, fand alles in schönster Ordnung und der freikonservative Fürst zu Hatzfeld drehte sogar den Spieß um und sprach von einem „frivolon Spiel“ — der Sozialdemokratie. Und der antisemitische Führer Liebermann von Sonnenberg endlich ging so weit, sich auf die Verfassung zu berufen, als er auch für den Reichskanzler das Recht der freien Meinungsäußerung reklamirte und unter Berufung darauf die sozialdemokratische Interpellation eine „ungeheure Annäherung“ nannte. Aber auch selbst diese Herren, in deren Köpfen sich doch die Welt anders spiegelt als in denen des deutschen Volkes, selbst diese Repräsentanten der ausgesprochenen Reaktion er-

kärten feierlich, daß sie an dem Reichstagswahlrecht festhalten wollten. Nur Herr Dietrich verriet sich an einer Stelle: wenn man deutsches und preussisches Wahlrecht einander nähern wolle, so erklärte er, dann müsse man sie auf einer „mittleren Linie“ suchen und finden. Dies Wort von der „mittleren Linie“ hätte unseres Erachtens von den Rednern der Linken mehr unterstrichen werden sollen. Es beweist, daß auch den kleinen Diplomaten, um Herrn von Heydebrand das Wort nur dazu dient, die Gedanken zu verbergen und daß die Wähler draußen allen Anlaß haben, vor den Jedlig und Heydebrand, Mirbach und Oldenburg, auf ihrer Hut zu sein.

Die Rede des Zentrumsführers Gröber war eine deutliche Zurechtweisung des Kanzlers, der auch nach der Meinung des Zentrums das Maß der zulässigen Kritik weit überschritten hat. Nicht minder fand der Abg. Wiemer, der Sprecher der Fraktionsgemeinschaft, in einer vortrefflichen Rede, daß der verantwortliche Staatsmann nicht dazu da sei, Einrichtungen des Staates und des Reiches anzugreifen, sondern sie zu verteidigen, und daß er, wenn er dies nicht tun könne, oder wolle, eben die Konsequenzen ziehen und sein Amt niederlegen müsse.

Der Pose Korfaudy zerpfückte die Rede des Kanzlers noch mitleidlos: er nannte Herrn von Bethmann-Hollweg einen talentlosen Romanzschreiber, der seine Werke bald werde als Makulatur verlaufen müssen. Ja, selbst Herr Passermann polemisierte zwar sehr lebhaft gegen die Sozialdemokraten, namentlich gegen die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen, aber auch er rückte deutlich in dieser Frage vom Kanzler ab. Herr Ledebour endlich verführte in einer anderthalbstündigen, von gewissen Ausfällen gegen Herrn von Oldenburg abgesehen, ebenfalls recht gemäßigten Rede, seine Partei glaube nicht an die Ausreden des Kanzlers und werde dabei, daß man gegen das Reichstagswahlrecht antreten wolle. Herr v. Bethmann-Hollweg selbst spielte nach seiner verunglückten Rede die Rolle des Igel: er stochte sich zusammen, versteckte den Kopf und steckte die Stacheln heraus. Der Redner wurde wegen des Ausdrucks, „von der zusammengekauften und zusammengeraubten Macht Preußens“ und wegen der Worte „das Blut, das in Frankfurt, Remünster usw. geflossen sei, fließe auch an den Fingern des Reichskanzlers“ zur Ordnung gerufen.

Der Kanzler war während der Debatten immer nervöser geworden. Als der Abg. Wiemer erklärte, der Kanzler scheine auf die Bundesstaaten mit liberalen Staatseinrichtungen herabzusehen, fuhr er zu einer Erwiderung in die Höhe, die an Schneidigkeit und Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ.

Diese Ausführungen wurden in einem Ton gemacht, von dem der Abg. Wiemer mit Recht feststellte, er beweiße, wie schwach sich der Kanzler in seiner Position fühlen müsse. Zum Schluß gab es noch ein kleines persönliches Duell zwischen Oldenburg und Ledebour. Herr von Oldenburg setzte sich wieder auf das höchste Ross und verlas eine Erklärung, die Respekt für die Deutung verlangte, die er selbst seinen Äußerungen vom 29. gegeben. Herr Ledebour blieb dabei, daß das eine Deutung sei, die die Worte tatsächlich nicht haben konnten. Und als Herr von Oldenburg eine weitere Polemik kurzweg ablehnte, rief ihm Ledebour unter minutenlangem stürmischer Heiterkeit des ganzen Hauses zu: Sie müssen wohl wieder verreisen?

Da der Reichstag erst fünf Stunden gefessen hatte, ließ Herr Spahn dann noch eine Weile die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortsetzen. Indessen kam nur noch der Abg. Kämpf zu Wort, der ausführlich gegen die Rede des Zentrumsabgeordneten Mayer-Kaufbeuren vom Tage zuvor polemisierte und gegenüber dessen Angriffen auf den Hansabund erklärte, er verstehe diese Angriffe deshalb nicht, weil im Grunde der Hansabund dasselbe wirtschaftliche Programm habe wie das Zentrum.

Um 7/8 Uhr ging dann der Reichstag auseinander, nachdem er zuvor noch für die Dauer der Erkrankung des Grafen Stolberg den Grafen Schwerin-Löwisch als stellvertretenden Vizepräsidenten in das Bureau des Hauses berufen.

Deutsches Reich.

Reichstagspräsident

Graf zu Stolberg-Wernigerode †.

Nach einer Meldung aus Berlin ist der 1. Präsident des Reichstags, Graf zu Stolberg-Wernigerode, der sich am Samstag vormittag in der Privatstube des Geheimrats Koerte einer Punctierung unterzogen hatte, abends kurz nach 7 Uhr an einem Lungenschlag gestorben. — Der Tod des Grafen Stolberg hat zur Folge, daß im Reichstag eine neue Präsidentenwahl anberaumt werden muß.

Nach Erkundigungen an zuständiger Stelle wird in der heutigen (Montag-)Sitzung des Reichstages Vizepräsident Dr. Spahn nach einem Nachruf für den verstorbenen Präsidenten Grafen Stolberg dem Reichstag vorgeschlagen, sich zu vertagen. Am Dienstag findet keine Sitzung statt wegen der auf nachmittags 4 Uhr anberaumten öffentlichen Trauerfeierlichkeit in der Dreifaltigkeitskirche, nach deren Beendigung die Leiche des verstorbenen Präsidenten nach seinem Gut Dönhofsstadt, Kreis Ragnitz, übergeführt werden soll. Die durch das Ableben des Präsidenten notwendig werdende Präsidentenwahl wird voraussichtlich in der Sitzung am Donnerstag vorgenommen werden.

Württemberg.

Die Landtagsersatzwahl in Freudenstadt.

hat wie zu erwarten war, eine endgiltige Entscheidung im ersten Wahlgang noch nicht gebracht. Es wurden von 7571 Wählern 6186 gültige Stimmen abgegeben, das be-

deutet eine Wahlbeteiligung von 81,7 Proz. Auf den Kandidaten der Volkspartei, Bauwerkmeister Gaifer entfielen 2211 Stimmen, auf den Kandidaten der Deutschen (nationalliberalen) Partei, Schultheiß Walther 1814 Stimmen, auf den Kandidaten der Sozialdemokratie, Gauleiter Harder 2145 Stimmen. Außerdem erhielt Herr Gröber, der Wahlkandidat des Zentrums, der es im Jahre 1906 auf 31 Stimmen gebracht hatte, noch 16 Zentrumsstimmen. Starck zugenommen hat auch bei dieser Wahl die Sozialdemokratie, die 1906 über 1012 Stimmen verfügte, heute über 2145 Stimmen. In diesen Ziffern kommt der Protest nicht nur gegen die Reichsfinanzreform, sondern gegen die ganze Junkerpolitik, die sich gerade in der letzten Zeit wieder recht frech und breit machte, zum unzweideutigen Ausdruck. Denn es ist eine alte Erfahrung, daß die Masse der parteipolitisch Indifferenten, wenn sie durch eine sie belastende Politik ausgereizt worden sind, sich instinktiv der Sozialdemokratie zuwendet, selbst dann, wenn die bürgerliche Linke mit derselben Energie die Abstellung der vorhandenen Mißstände erstrebt. Was nun die beiden bürgerlichen Kandidaten bei der Freudenstädter Ersatzwahl anbetrifft, so war hier die stärkere Popularität innerhalb des Bezirks ausschlaggebend. Insofern konnte der deutschparteiliche Kandidat Walther 625 Stimmen mehr erhalten, als im Jahre 1906 für den nationalliberalen Kandidaten abgegeben worden sind. Außerdem mußte der im Bezirk nicht in dem Maße bekannte Kandidat der Volkspartei unter die Stimmenzahl 3176 heruntersinken, die im Jahre 1906 für die Volkspartei abgegeben worden sind. Dabei ist zu beachten, daß damals zwei volksparteiliche Kandidaten, ein Bezirksangehöriger und ein Stuttgarter Parteimann aufgestellt waren, von denen jeder wieder seinen Kreis persönlicher Anhänger hatte, so daß damals die Zahl der volksparteilichen Stimmen über 3000 hinauswuchs. Die gegen 1906 fehlenden 965 volksparteilichen Stimmen dürften zu einem kleineren Teil aus den oben angegebenen Gründen zur Sozialdemokratie übergegangen, zu einem größeren Teil aus lokalen Ursachen dem nationalliberalen Kandidaten zugefallen sein. Immerhin marschiert der Kandidat der Volkspartei wieder an der Spitze und es ist nach Lage der Dinge nicht daran zu zweifeln, daß er der Nachfolger des volksparteilichen Abgeordneten Schmid im Landtag werden wird.

Massenversammlung der württemberg. Beamten.

Im Jirkusgebäude in Stuttgart fand unter überaus zahlreicher Beteiligung die angekündigte Massenversammlung württembergischer Beamter statt. Nach Referaten von Landtagsabgeordneten Baumann, dem Konzeilarat Lemppenau und dem Postunterbeamten Ruber wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 20. Februar 1910 in Stuttgart versammelten württembergischen Staatsdiener erklären, daß sie eine Erhöhung ihrer Gehälter angeht der seit Jahren eingetretenen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse und die allgemeine Hebung der Lebenshaltung für unumgänglich und nötig erachten, wenn das württembergische Beamtentum nicht von seiner bisherigen sozialen und wirtschaftlichen Stellung verdrängt werden soll. Diese Erkenntnis hat die übrigen Bundesstaaten und das Reich dazu veranlaßt, selbst unter stärkerer Inanspruchnahme der Steuerkräfte eine Erhöhung ihrer teilweise schon vorher wesentlich günstigeren Beamtengehälter durchzuführen. Auch die württ. Regierung hat in ihrer Rundgebung vom 12. September 1908 eine Neuordnung der Gehälter in Aussicht gestellt. Die staatlichen Beamten hoffen, daß es Regierung und Landstände gelingen möge, durch diese Neuordnung ihrer Bezüge mit den heutigen Lebensbedingungen und mit den Einkommensverhältnissen der übrigen Beamten innerhalb und außerhalb Württembergs in Einklang zu bringen. Sie geben ferner der Erwartung Ausdruck, daß die Neuregelung der Gehälter in tunlichster Eile, wenn möglich, mit Wirkung vom 1. April 1910 ab durchgeführt werde. Ein weiterer Aufschub müßte die wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft schwer gefährden.“

Stuttgart, 19. Febr. Der Stuttgarter Patentingenieur Alfred Ganz ist, lt. Frankfurter Zeitung, nach Berunterungen und Fälschung von Wechseln und notariellen Urkunden flüchtig gegangen. Die Berunterungen beziffern sich auf etwa 60000 M. Geschädigt sollen mehrere Stuttgarter Banken und einige Geschäftsfirmen sein.

Mottenburg, 19. Febr. Als Nachfolger des verstorbenen Domkapitulars Prälaten v. Sporer hat das Domkapitel dem Kammerer Harrer Friedrich Lonn auf dem Schönenberg bei Ellwangen zum Domkapitular gewählt.

Nah und Fern.

Ein Familiendrama.

In Borsheim hat sich aus Verweilung über geräthete Vermögensverhältnisse der 44 Jahre alte Fabrikant Friedr. Schwemle mit seiner Frau und einer 10jährigen Tochter vergiftet. Eine andere 14 Jahre alte Tochter befindet sich in einem Pensionat.

Keine Nachrichten.

Ein bedauerlicher Unglücksfall, der nur grober Fahrlässigkeit zuzuschreiben ist, ereignete sich am 16. d. Mts. abends 7 Uhr im Herrischried bei Säckingen. Die 29jährige Ehefrau des Gustav Wähler von da fiel in eine ungedeckte Jauchegrube und mußte ertrinken. Wähler war vorher an der betr. Grube beschäftigt, ging sodann in eine Wirtschaft, ohne diese zu bedenken und in der Dunkelheit stürzte dessen Ehefrau hinein.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 19. Febr. Das hiesige Schöffengericht hat gestern den zweiten Redakteur des Beobachters Karl Helms wegen Beleidigung des Pfarrers Schneider von Höfen Oberamt Neuenbürg zu 50 M. Geldstrafe und Publikationsbesugnis in mehreren Zeitungen verurteilt.



